

Niederschrift-Nr. 21/2014

über eine **öffentliche und nichtöffentliche Sitzung** des **Bau-, Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschusses** am **Donnerstag, dem 27. November 2014** im Sitzungszimmer der Gemeindeverwaltung Harsum

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:25 Uhr

Anwesende:

Ratsherr Karl Pabst, AV
Ratsherr Friedrich Steinmann, stellv. AV
Ratsherr Konrad Brönneke
Ratsherr Volker Lipecki ab TOP 2 ö.T.
Ratsherr Ratsherrn Walter Müller
Ratsherr Andreas Steinmann-Lüders
Ratsherr Josef Stuke i.V. für Ratsherrn Christian Bumiller

Herr Dr. Wulf Kaeser (Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen)
Herr Winfried Kauer (Fachberater) ab TOP 2 ö.T.
Herr Helmut Mock (Fachberater)
Herr Michael Scholz (Fachberater)

Ferner:

Ratsfrau Helga Aue
Ratsherr Peter-Michael Engelhardt
Ratsfrau Ellen Krone
Ratsherr Reinhard Wirries
Frau Weber-Hupp (Planungsbüro SRL Weber) zu TOP 3 + 4
Herr Tornau (EVI, Hildesheim) zu TOP 3
Herr Böhnke, Volksbank Hildesheim zu TOP 4
Herr Zühlsdorff, Volksbank Hildesheim zu TOP 4
Herr Hutze, Hannoversche Volksbank Projektentwicklungs GmbH (HVP) zu TOP 4

Von der Verwaltung:

Gemeindeamtsrat Bruns
Umweltbeauftragter Koch
Verwaltungsfachwirt Litfin, zgl. Protokollführer

Entschuldigt fehlte:

Ratsherr Bumiller

Zuhörer: 14

Ausschussvorsitzender Pabst begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung. Er gibt den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern für die Dauer von einer Viertelstunde die Möglichkeit, Fragen an die Verwaltung und die Ausschussmitglieder zu richten, bevor in die Tagesordnung eingetreten wird.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form und Fassung einstimmig angenommen.

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift-Nr. 15/2014 über die Sitzung vom 02.10.2014 (öffentl. Teil)
2. Bericht über wichtige Angelegenheiten
3. Bebauungsplan-Nr. 25 „Ährenkamp“, Ortschaft Harsum
Geänderte Entwurfsvariante aufgrund der Interessenbefragung
4. Bebauungsplan „Martinstraße“, Ortschaft Borsum
- Sachstandsbericht der Verwaltung -
5. Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) für den Landkreis Hildesheim;
Erneutes Beteiligungsverfahren zum Thema „Windenergie“;
Stellungnahme der Gemeinde Harsum

- Vorlage-Nr. 65/2014 -
6. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

Ergebnis der Beratung:

Zu TOP 1:

Genehmigung der Niederschrift-Nr. 15/2014 über die Sitzung vom 02.10.2014 (öffentl. Teil)

Beschluss:

Die Niederschrift-Nr. 15/2014 über die Sitzung vom 02.10.2014 wird in der vorliegenden Form und Fassung genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Zu TOP 2:

Bericht über wichtige Angelegenheiten

2.1

Fachbereichsleiter Bruns informiert den Ausschussmitglieder darüber, dass ihnen mit der morgigen Ratspost die Vorlage-Nr. 58/2014 über die erneute Teilnahme an der Stromausschreibung der KWL für die Versorgungsjahre 2016 und 2017 zugehen wird.

2.2

Bezüglich des Landesraumordnungsprogramms teilt Fachbereichsleiter Bruns mit, dass die Stellungnahme seitens der Gemeinde Harsum fristgerecht vor dem 15.11.2014 abgegeben wurde.

2.3

Fachbereichsleiter Bruns unterrichtet den Ausschuss darüber, dass am 25.11.2014 ein erstes Treffen der Gruppe „Harsum 2100“ nach der Abschlussveranstaltung des Gemeindeentwicklungskonzeptes im Oktober letzten Jahres stattgefunden habe, welches von 12 Teilnehmern besucht worden ist. Dieses Treffen diene der Nachorganisation der Befragungsergebnisse. Ein weiteres Treffen soll am 20.01.2015 stattfinden.

2.4

Fachbereichsleiter Bruns erklärt, dass das neue Förderprogramm der EU mit dem Titel „Pfeil - gezielt ins Land“ zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum konzipiert wurde. Der Entwurf wurde am 02.07.2014 bei der EU zur Genehmigung eingereicht. Die Genehmigung wird im ersten Halbjahr 2015 erwartet. Das Dorferneuerungsprogramm wurde um eine Stichtagsregelung (15.02.) ergänzt. Künftig wird bei öffentlichen Maßnahmen auch die MwSt. mitgefördert.

2.5

Zum geplanten Ausbau der „Konrad-Adenauer-Straße“ durch den Landkreis erläutert Fachbereichsleiter Bruns, dass ein Ortstermin mit der Verkehrskommission stattgefunden habe. Die Kommission befürwortet eine Querungshilfe vor dem Ortseingang Harsum aus Richtung Asel kommend. Diese würde gleichzeitig als Verkehrsbremse dienen. Laut Auskunft des Landkreises Hildesheim soll die Straßenerneuerung erst 2016 umgesetzt werden.

Zu TOP 3:

Bebauungsplan-Nr. 25 „Ährenkamp“, Ortschaft Harsum Geänderte Entwurfsvariante aufgrund der Interessenbefragung

Verwaltungsfachwirt Litfin erläutert, dass 100 Fragebögen an Bauwillige ausgehändigt worden sind, von denen 79 zurückgereicht wurden. Die Wünsche bezüglich der Bauvorhaben lauten wie folgt:

- 16 EFH mit einer Grundstücksgröße bis 500 m²
- 44 EFH mit einer Grundstücksgröße bis 700 m²
- 11 EFH mit einer Grundstücksgröße über 700 m²
- 4 barrierefreie Wohnungen im Geschosswohnungsbau

3 Doppelhaushälfte
1 Reihenhaus

Frau Weber-Hupp erläutert die aktualisierten Entwurfsplanungen unter Berücksichtigung der genannten Wünsche der Bauwilligen. Sie erklärt, dass der westlich angesiedelte Reihenhausblock durch Einfamilienhäuser ersetzt wurde. Ferner wurde eine Stichstraße eingezeichnet, um eine Innenentwicklung der südlich gelegenen Grundstücke der Altanlieger zu ermöglichen.

AV Pabst fragt, ob die Straßen als Spielstraßen oder 30er Zonen ausgewiesen werden sollen. Dazu erklärt Frau Weber-Hupp, dass die Straßen als 30er Zone deklariert werden sollten.

Ortsbürgermeister Wirries erklärt, dass aufgrund der Nähe zu den vorhandenen Spielplätzen am Baugebiet „Milchberg“ und am Baugebiet „Zur Zuckerfabrik“ nur ein Spielplatz im neuen Baugebiet „Ährenkamp“ in Verlängerung der Kampstraße erforderlich sei. Des Weiteren spricht er sich im Namen des Ortsrates dafür aus, den Streifen als Verbindungsweg vom Milchberg zur Kampstraße, der sich bereits im Gemeindeeigentum befindet, als Wegverbindung beizubehalten und ggf. zu verbreitern.

Ratsherr Stuke fragt, ob die Kostenermittlung aufgrund des Bebauungsentwurfs erfolgen kann. Er regt an, entsprechende Mittel im Haushaltsplan vorzusehen. Dazu erklärt Fachbereichsleiter Bruns, dass vorerst eine Bodenprobe erforderlich sei, um Anforderungen an den Straßenaufbau zu ermitteln.

Zur Nachfrage zum Zeitpunkt der Vergabe von Grundstücken erklärt Fachbereichsleiter Bruns, dass diese ca. im III. Quartal 2015 möglich sei.

Dazu ergänzt Ortsbürgermeister Wirries, dass die Vergabekriterien für die Bauplatzvergabe in den nächsten zwei Sitzungen des Ortsrates festgelegt werden und diese ähnlich wie bei der Vergabe der Bauplätze im Westerfeld in Form eines Punkterankings ausfallen sollen.

AV Pabst bittet Herrn Tornau von der EVI das Konzept eines Blockheizkraftwerkes für dieses Baugebiet vorzustellen.

Herr Tornau erklärt dazu, dass im Kellerraum eines Mehrfamilienhauses ein BHKW installiert werden könne und dieses durch eine Verbindungsleitung die zwei Mehrfamilienhäuser sowie die angrenzenden Reihenhäuser im östlichen Bereich des Baugebietes versorgen könnte. AV Pabst fragt, ob dazu eine Vorgabe im Bebauungsplan erforderlich wäre. Dieses wird von Frau Weber-Hupp verneint.

Fachberater Mock weist darauf hin, dass Herr Tornau in einem Telefonat angedeutet habe, dass die Erschließung des gesamten südlichen Bereichs des ersten Planungsentwurfes durch das Blockheizkraftwerk sichergestellt werden könne. Dazu erklärt Herr Tornau, dass sich dieses aufgrund der Änderung des Entwurfsplanes durch die Ersetzung der Reihenhäuser mit Einfamilienhäusern geändert habe und dadurch nicht mehr wirtschaftlich sei.

Zu TOP 4:

Bebauungsplan „Martinstraße“, Ortschaft Borsum - Sachstandsbericht der Verwaltung -

Frau Weber-Hupp stellt mit einer Bildfolge die mögliche Bildung von Bauabschnitten vor und erklärt in Abweichung zum ursprünglichen Entwurfsplan, dass das Regenrückhaltebecken neu positioniert wurde. Üblicherweise sollte es am Rand des Baugebietes liegen. Eine Regenrückhaltung ist technisch unabdingbar und könnte über ein Becken oder alternativ durch offene Gräben erfolgen.

Ratsherr Lipecki begrüßt die im Entwurfsplan dargestellte fußläufige Verbindung von der Feldstraße in den Kernbereich des ersten Bauabschnitts. Fachbereichsleiter Bruns weist darauf hin, dass sich diese Fläche bereits im Eigentum der Gemeinde befindet.

Ratsherr Steinmann-Lüders weist darauf hin, dass sich in direkter Nähe zum ursprünglich angedachten Regenrückhaltebecken im Bereich der Martinstraße ein landwirtschaftlicher Betrieb mit einer Trocknungsanlage befindet.

Ratsherr Lipecki erkundigt sich nach der im Plan dargestellten Einfassung des Bolzplatzes. Dazu erklärt Frau Weber-Hupp, dass dieser mit Gaviolen eingefasst werden könne, um dem Lärmschutz gerecht zu werden. Daraufhin regt Ratsherr Wirries an, den Bolzplatz als Spielplatz auszuweisen, da nach der Rechtssprechung „Spielplatzgeräusche“ keinen Lärm darstellen.

Fachberater Kauer gibt zu bedenken, dass sich evtl. ein neuer Problemstandort entwickeln könne, sofern der Bolzplatz umlaufend eingefriedet wird. Ratsherr Stuke weist darauf hin, dass der Ortsrat einen Beschluss zur Erschließung des Baugebietes bereits gefasst hat und erklärt, dass eine Alternative zum Bolzplatz bereits auf dem nahe gelegenen Schulgelände vorhanden sei. Dazu gibt Ratsherr Lipecki zu bedenken, dass eine Umfrage unter Jugendlichen ergeben habe, dass die Anlaufstelle „Bolzplatz“ sehr gefragt sei.

Ratsherr Stuke verdeutlicht, dass es der Wunsch des Gesetzgebers sei, Baugebiete im Innenbereich zu schaffen und man dem hiermit nachgekommen wird.

Zu TOP 5:

Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) für den Landkreis Hildesheim; Erneutes Beteiligungsverfahren zum Thema „Windenergie“; Stellungnahme der Gemeinde Harsum

- Vorlage-Nr. 65/2014 -

Fachbereichsleiter Bruns erläutert, dass der Landkreis eine zweite Beteiligungsrunde initiiert hat. In der ersten Beteiligungsrunde wurde seitens der Gemeinde Harsum eine umfassende Stellungnahme abgegeben, die auch das Thema Windenergie mit einschließt. Diese erste Stellungnahme wurde im vorliegenden 2. Entwurf des RROP durch den Landkreis Hildesheim eingearbeitet. Speziell zur Windenergie erfolgt die erneute Beteiligungsrunde nur in Bezug auf die Standortfrage und nicht zu den Grenzbständen.

Ratsherr Brönneke macht deutlich, dass aus seiner Sicht eine Gebietserweiterung des Standortes in Richtung Osten gewünscht sei.

Ratsherr Stuke erklärt, dass im September 2013 die Kenntnisnahme für den Vorrangstandort erfolgte. Danach wurden Bedenken der Anlieger geäußert, aus deren Sicht ein Grenzabstand von 1.000 m wünschenswert wäre. Dieser Abstand steht im Einklang mit der Empfehlung des Windenergieatlas von 2004, der bereits eine Abstandsregelung von 1.000 m beinhaltet. Daher verweist Ratsherr Stuke auf den Antrag von „Bündnis für Borsum!“ vom 21.11.2014 hin, den Mindestabstand auf 1.000 m festzulegen und eine entsprechende Mitteilung an den Landkreis zu verfassen.

Ratsherr Steinmann-Lüders moniert die 5.000 m Abstandsregelung zwischen den Windparks untereinander, da dadurch beispielsweise das Gebiet „Am Bruchgraben“ nicht realisiert werden könne.

Ratsherr Lipecki erfragt, ob in der abgegebenen Stellungnahme zum Landesraumordnungsprogramm die Trassenführung von Südlink berücksichtigt wurde. Dies wird von Fachbereichsleiter Bruns verneint.

Ratsherr Brönneke stellt den Antrag, die Stellungnahme dahingehend zu ergänzen, dass eine Erweiterung der Fläche für den Windkraftstandort in östliche Richtung möglich wäre.

Ratsherr Stuke bittet darum, einen Beschluss über den eingereichten Antrag des „Bündnis für Borsum!“ zu fassen.

Dazu erklärt Ausschussvorsitzender Pabst, dass bisher kein Antrag an die Ratsmitglieder versandt worden sei und er daher keine Abstimmung zulasse.

Ratsherr Lipecki spricht sich dafür aus, dass allen Fraktionen die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, kurzfristig Anträge vorzulegen und diese an die Fraktionen zur Beratung weiterzuleiten, um danach eine gesonderte Beschlussfassung im hiesigen Ausschuss herbeizuführen.

Ausschussvorsitzender Pabst lässt darüber abstimmen, den Tagesordnungspunkt für die Ratssitzung als behandelt anzusehen.

Abstimmungsergebnis: 5 JA-Stimmen,
2 NEIN-Stimmen.

Zu TOP 6:

Anfragen und Anregungen

6.1

Ratsherr Stuke regt an, dass die Verwaltung bei ihren Vergaben darauf achten sollte, häufiger öffentlich auszuschreiben, da diese Vergabemethode mehr Vorteile gegenüber beschränkten Ausschreibungen oder freihändigen Vergaben mit sich bringt.

6.2

Ratsherr Stuke teilt mit, dass im Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim für die Jahre 2015 und 2016 jeweils 750.000 € für die Sanierung der Kreisstraße zwischen Asel und Harsum eingeplant worden sind. Der geplante Baubeginn ist jetzt für 2016 vorgesehen.

Weitere Anfragen und Anregungen liegen nicht vor.

Nunmehr schließt Ausschussvorsitzender Pabst den öffentlichen Teil der Sitzung; die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner haben nunmehr erneut eine viertel Stunde die Möglichkeit, Fragen an den Ausschuss und die Verwaltung zu richten.

II. Nichtöffentlicher Teil

Abschließend bedankt sich Ausschussvorsitzender Pabst bei allen Anwesenden für die rege und konstruktive Mitarbeit und beendet die Sitzung.

Pabst
Ausschussvorsitzender

Litfin
Protokollführer